



*„Mit meinem Gott
kann ich über
Mauern springen.“*

(Psalm 18,30)

Landespastorin Annegrethe Stoltenberg

Mündlicher Jahresbericht 2005

auf der Mitgliederversammlung
des Landesverbandes der Inneren Mission

1. November 2005

Es gilt das gesprochene Wort

Inhalt:

	Seite
1. Einleitung: Das gesellschaftspolitische Bewusstsein ändert sich – Meinung für Millionen	1
2. Die sozialpolitischen Rahmenbedingungen ändern sich	4
2.1. Gestaltungsschritte des Diakonischen Werks der EKD	4
2.1.1 Antidiskriminierungsgesetz	4
2.1.2 Loyalitätsrichtlinie	5
2.1.3 Corporate Governance Kodex	5
2.1.4 Gemeinnützigkeit	6
2.1.5 Grundlinien	6
2.2 Gestaltungsschritte des Diakonischen Werks Hamburg	7
2.2.1 Wenn Armut Mauern baut	7
2.2.2 Wenn Fremdsein Mauern baut	9
2.2.3 Wenn Alter Mauern baut	9
2.2.4 Wenn Krankheit Mauern baut	10
2.2.5 In schwierigen und anderen Umständen	10
2.2.6 Freiwilligenarbeit	11
3. Schluss: Diakonie braucht Kirche und Kirche braucht Diakonie	11

1. Einleitung: *Das gesellschaftspolitische Bewusstsein ändert sich – Meinung für Millionen*

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Schwestern und Brüder,

noch nie habe ich bei meinem Bericht für unsere Mitgliederversammlung vor solch einer drängenden Themenfülle gestanden wie in diesem Jahr. Anders gesagt: Noch nie schienen mir so viele Themen, Konflikte und Neuerungen als so bedeutungsvoll für uns alle – nicht nur für die direkt betroffenen Arbeitsfelder.

Noch einmal anders gesagt: Ich werde Ihnen viel erzählen. Keine Angst, der Jahresbericht wird nicht länger als sonst – aber er fordert Ihnen Aufmerksamkeit für mehrere Themen ab und geht auch weit über das Nachvollziehen des schriftlichen Jahresberichtes hinaus, wie wir das sinnvoller Weise in den letzten beiden Jahren getan haben.

Zunächst aber nun zu den angekündigten (be)drängenden Fragen: Da sind zum einen jeden Tag die ganz konkreten und aktuellen Themen, die mich täglich bei der Zeitungslektüre "anspringen": im Hamburg-Teil zum Beispiel

- die Äußerungen des Justizsenators Kusch zur aktiven Sterbehilfe;
- das Festhalten der Zweiten Bürgermeisterin und Sozialsenatorin Schnieber-Jastram am Konzept der geschlossenen Unterbringung in der Feuerbergstraße;

oder im bundespolitischen Teil zum Beispiel

- die Broschüre des Wirtschaftsministeriums mit dem unglaublichen Titel "Vorrang für die Anständigen" und den Äußerungen des scheidenden Ministers Clement über das angebliche Ausmaß an Sozialbetrügern und Abzockern unter den Hartz IV Empfängern.
- die spannende Frage, welche Rolle soziale Gesichtspunkte in den Koalitionsverhandlungen spielen werden.

Diese beispielhaften Themen sollen nicht wirklich Gegenstand meines Jahresberichtes sein, aber sie illustrieren zum einen, wie sehr wir mit unserer diakonischen Arbeit mitten im Geschehen sind – bei dem genannten Beispiel sind unsere Hospizarbeit, unsere Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, unsere beschäftigungspolitischen Projekte

betroffen – zum anderen zeigen sie auch, in welcher Grundstimmung wir unsere Arbeit tun: in einer verschärften Auseinandersetzung um die gesellschaftspolitische Grundausrichtung: Welche Rolle spielen politische Argumente überhaupt, gesellschafts- und sozialpolitische insbesondere, gegenüber den so genannten wirtschaftlichen Notwendigkeiten und ökonomischen Zwängen? Und: Welches Konzept von Wirtschaft steckt eigentlich in dieser Stimmung?

Der Erste Bürgermeister Hamburgs hat in seinem Impulsreferat auf unserem Abend der Begegnung am 20. September des Jahres deutlich gemacht, dass seines Erachtens die Globalisierung das Primat der Wirtschaft notwendig macht und sich alle politischen Entscheidungen dem Wirtschafts- und Finanzbereich unterzuordnen haben. Dabei gibt es scheinbar nur ein Wirtschaftsmodell, und das ist der politischen Gestaltung offensichtlich entzogen. Hier wünschen wir uns einen Dialog, um – anders als es am Abend der Begegnung möglich ist – in die Diskussion über diese Einschätzung zu kommen.

Das Bild von dem einen, alles bestimmenden Wirtschaftsmodell ist ja weit verbreitet, es ist zu einer medial kräftig verbreiteten "Wahrheit" geworden. Wie kommt das? Als ich im Juni des Jahres beim Stormarner Sommerabend diesem Phänomen in einer kleinen Rede nachgegangen bin, waren die Hintergründe in der Öffentlichkeit noch nicht so bekannt wie heute:

Wir haben es mit einer in diesem Ausmaß noch nicht erlebten manipulativen Meinungsmache zu tun. Die Macher sind Initiativen, die von bestimmten Interessensgruppen mit zweistelligen Millionenbeträgen im Jahr ausgestattet werden. Ich nenne als Beispiel die "Initiative neue soziale Marktwirtschaft" vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall. Schon der Titel ist demagogisch, denn die neue soziale Marktwirtschaft ist eigentlich das Ende der sozialen Marktwirtschaft, wenn man sich die neoliberalen Vorstellungen der Initiative anschaut. Inzwischen sind Politiker und Wissenschaftler, die dieser Initiative dienen, bekannt. Slogans des letzten Wahlkampfes und selbst Personenvorschläge wie Kirchhof sind als "Produkte" der Initiative durchschaut worden.

Übrigens greift diese Problematik auch in den Schleichwerbungsskandal über, der unsere öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erschüttert hat – aber sie auch zu überzeugenden Gegenmaßnahmen geführt hat. Schleichwerbung stellen sich viele noch als ein "Product Placement" vor – wenn also eine bestimmte Marke zu sehen ist. Das erkennen wir alle. Die

Werbung arbeitet aber längst subtiler. So kaufen Pharmazie- Unternehmen Rollen in Krankenhaus-Serien ein, die bestimmte "Produkte" (wie Therapeutika oder Operationsmethoden) dieser Firma in das Drehbuch einbringen. Und so hat auch die "Initiative neue soziale Marktwirtschaft" Rollen in Spielfilmen eingekauft, die neoliberale Positionen in die Handlung einbringen konnten: das JA zur Ich-AG für Jedermann und jede Frau, die positive Einstellung zur Hartz IV-Reform, die den Menschen den nötigen Ruck gibt zur Eigeninitiative – oder aber sie mit Fug und Recht ins Abseits drängt (Vergleiche die Clement-Broschüre). Das ganze nennt sich "Themen-Placement".

Ich möchte noch kurz auf einen zentralen Slogan aus dem Wahlkampf eingehen: "Sozial ist, was Arbeit schafft." Das klingt im ersten Moment gut, aber für sich betrachtet heißt das: Wirtschaftspolitik ersetzt Sozialpolitik. Genau das ist aber eben nicht möglich. Erstens greifen soziale Probleme und Konflikte weit über die Arbeitsmarktproblematik hinaus und zweitens ist es auch unter Ökonomen eine Illusion, dass es eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung geben könnte.

Fragen Sie sich, was das im Jahresbericht der Landespastorin zu suchen hat? Nun, unsere Arbeit in der Diakonie ist sicher eine ganz andere, wenn sich der Kontext so verändert wie geschildert, wenn andere Modelle der Ökonomie nicht mehr in Betracht gezogen werden. Die gibt es aber! Gerade hat ein Ökonom, Amartya Sen, den Wirtschaftsnobelpreis für eine solche Alternative erhalten.

Aber auch als Christen beobachten wir die antisozialstaatlichen Tendenzen mit Sorge und Sorgfalt. Ich denke, die Gründe für diese Sorge liegen auf der Hand: In all dem werden Bilder von der Wirklichkeit, Bilder von Menschen, eine Vorstellung von Freiheit und eine Werteskala deutlich, die den christlichen Grundlagen widersprechen:

- Die Wirklichkeit wird verzerrt durch die Allein- oder Vorherrschaft der Ökonomie und dann auch noch von einer ganz bestimmten. Wirklich – das, was wirkt – sind aber viel mehr Kräfte – wie zum Beispiel unser Geist, unsere Seele, unser Glauben.
- In Wirklichkeit besteht unsere Gesellschaft nicht einerseits aus lauter effizienten Leistungsträgern, bei denen alles in Ordnung ist und die ein Recht auf "Vorfahrt" haben und andererseits einem Rest, der nichts anderes verdient hat als hinter Mauern zu verschwinden – seien es nun reale oder gedankliche Mauern. Denn: Jeder Mensch ist begrenzt und zugleich Gottes Ebenbild. Das ist nicht auf gesellschaftliche Gruppen zu verteilen.

- Freiheit existiert christlich nur zusammen mit der Bindung – an Gott. Auf unser gesellschaftliches Zusammenleben in der Demokratie bezogen heißt das – wie im Grundgesetz festgehalten: Freiheit ist kein absoluter Wert, sondern sie ist "in Beziehung" zu setzen. Freiheit ist immer die Freiheit, die den Anderen respektiert, – ist die "Freiheit des Anderen".
- Die christlichen Werte setzen weder die Freiheit noch die Selbstbestimmung unangefochten an die Spitze. Was passiert, wenn Selbstbestimmung (als die Umsetzung der individuellen Freiheit) absolut gesetzt wird, hören wir zurzeit von Befürwortern der aktiven Sterbehilfe.

Unser christlicher Glaube bildet eine ausgezeichnete Grundlage, um Meinungsmacher, die uns „des Kaisers neue Kleider“ verkaufen wollen, zu entlarven. Denn unsere Wahrheit ist eine andere.

2. Die sozialpolitischen Rahmenbedingungen ändern sich

Der bis hierhin eher auf der Bewusstseinssebene beschriebene gesellschaftliche Trend hat im Bereich der Sozialwirtschaft und damit für die Diakonie sehr konkrete Auswirkungen. Der Einzug des Marktes in den Sozial- und Gesundheitsbereich ist weit fortgeschritten, die Privatisierung gilt als Königsweg und die gesellschaftliche Bedeutung der "Gemeinnützigkeit" gerät in Vergessenheit. Auf diese Herausforderungen reagieren wir. Was sich im letzten Jahr getan hat, möchte ich zunächst für die Bundesebene und dann für uns im Landesverband beschreiben.

2.1. Gestaltungsschritte des Diakonischen Werks der EKD

Die Diakonische Konferenz des Diakonischen Werks der EKD hat vor zwei Wochen in der großen diakonischen Einrichtung Rummelsberg bei Nürnberg getagt. Diese Konferenz hat sich ja im Juni des Jahres nach der veränderten Satzung und den entsprechenden Ordnungen neu konstituiert. Neues Mitglied ist unser Aufsichtsratsvorsitzender, Dr. Schweda, Mitglieder des Diakonischen Rates sind unser stellvertretender Vorsitzender, Herr Brandt, und ich als Vorsitzende der Diakonischen Konferenz.

Auf der Konferenz haben vier zentrale Rahmenbedingungen der Diakonie eine Rolle gespielt. Bei allen geht es um die neu zu definierende Funktion bzw. das Selbstverständnis der Wohlfahrt im Allgemeinen und der Diakonie im Besonderen.

1. Für die konfessionellen Wohlfahrtsverbände ist es ein entscheidender Erfolg, dass das Antidiskriminierungsgesetz in der

vorliegenden Form – unter anderem aufgrund unserer Initiative – gestoppt worden ist.

Da es sich um eine Vorgabe der EU handelt, wird die Ausgestaltung in der nächsten Legislaturperiode wieder von dem Bundesverband begleitet werden. Es geht darum, dass die Besonderheiten eines Tendenzbetriebs wie der kirchlichen und diakonischen Einrichtungen aufgenommen werden (und sich zum Beispiel nicht ein muslimischer Lehrer unter Berufung auf das Antidiskriminierungsgesetz in eine evangelische Schule einklagen kann). Natürlich ist es wichtig, diskriminierenden Tendenzen entgegenzuwirken, aber wir brauchen ein handwerklich handhabbares und differenzierteres Gesetz.

2. Wenn wir dieses Selbstbestimmungsrecht für die kirchliche Arbeit – zum Beispiel auch im Arbeitsrecht – in Anspruch nehmen, bedeutet das umgekehrt natürlich auch, dass wir als kirchliche Einrichtungen deutlich erkennbar sein müssen.
Diese Erkennbarkeit ist in der Richtlinie über Anforderungen der privatrechtlichen beruflichen Mitarbeit in der EKD und im DW der EKD (so genannte Loyalitätsrichtlinie) von der Konferenz beschlossen worden. Sie ist ein heute gesonderter Tagesordnungspunkt, Frau Brasch wird uns nachher darin einführen.
3. Wie auf diese Loyalitätsrichtlinie werden wir als Landesverband und Sie als einzelne Mitglieder auch auf den Corporate Governance Kodex für die Diakonie reagieren, der ebenfalls von der Konferenz beschlossen wurde. Der ethische Anspruch an unsere Arbeit bezog sich bisher im Wesentlichen auf den Inhalt und die Gestaltung unserer Aufgabe: Wie wir pflegen, wie wir beraten. Mit diesem Kodex machen wir deutlich, dass wir diese ethischen Ansprüche auch an unsere Betriebsführung, an unser Wirtschaften stellen. Das zentrale Stichwort ist Transparenz. Transparenz schafft Vertrauen – Vertrauen der Menschen in unsere Arbeit, Vertrauen der Politik und Öffentlichkeit – und schafft nicht zuletzt: eine bessere Positionierung unserer Unternehmen bei der Kreditvergabe im Rating nach Basel II.
Zu diesem Kodex, dessen Text hinten ausliegt, wird es im Laufe des nächsten Jahres Informations- und Diskussionsveranstaltungen geben, so dass wir zur Mitgliederversammlung 2006 einen Beschlussvorschlag zum gemeinsamen Umgang mit dem Kodex machen können.

4. Ich erwähnte es bereits kurz: Die Gemeinnützigkeit ist in unserer Gesellschaft kein "Selbstgänger" mehr. Die steuerlichen Sonderregelungen werden vielfach zu wettbewerbsverzerrenden Schonräumen hochstilisiert und die steuerlichen Absatzmöglichkeiten der nichtgemeinnützigen Betriebe gern vergessen. Das Gemeinnützigkeitsrecht selbst ist aber auch aus diakonischer Sicht reformbedürftig – dabei geht es zum Beispiel um die fragwürdige Abgrenzung zur Mildtätigkeit von Organisationen, die einerseits die steuerliche Absetzbarkeit für die Spender betrifft, andererseits die unterschiedliche Verwendungsfrist von Spenden, die in der Praxis wenig Sinn macht:

In der Tsunami-Hilfe hat das zu der wirklichen Schwierigkeit geführt, die Spendengelder "mildtätig" innerhalb von zwei Jahren ausgeben zu müssen, statt sie "gemeinnützig" auch für den langfristigen Aufbau einsetzen zu können.

Wir haben zu dieser Thematik vor einer Woche unsere so genannte "Sudermühlentagung" mit dem Vizepräsidenten und Vorstand des DW der EKD, Herrn Dr. Teske, durchgeführt, der auch an der parteiübergreifenden Erarbeitung dieser Gesetzesreform auf Bundesebene direkt mitarbeitet.

5. Nach den vier Themen noch ein kurzes Resümee für uns in Hamburg: Wenn ich hier von der Bundeskonferenz berichte, freut mich besonders, dass wir die Strukturveränderungen erfolgreich hinter uns haben und uns jetzt endlich wieder auf die Inhalte konzentrieren können. Nicht als explizites Thema, aber implizit sind durch die Grundlinien des Berichtes des Präsidenten Dr. Jürgen Gohde die sozialpolitischen Aussagen unseres Landesverbandes bestärkt worden. Dazu gehören:

- die Bejahung des Wettbewerbs in der Sozialwirtschaft – bei gleichzeitiger Unterscheidung von Wettbewerb und Markt, denn ein "echter Markt" besteht bei dem Staat als Monopol-Nachfrager nicht.
- die Notwendigkeit einer flexibleren und gemeinsamen Gestaltung des Arbeitsrechts innerhalb der Diakonie.
- die Betonung der investiven neben der konsumtiven Sozialpolitik:

Dazu gehört, die Sozialwirtschaft nicht nur unter dem Aspekt der Dienstleistungen für die Gesellschaft zu sehen, sondern auch ihre Bedeutung als Arbeitsmarkt und Wirtschaftsfaktor. Wie in anderen Bereichen lassen sich investive Maßnahmen von konsumtiven, die nach Möglichkeit individuell zeitlich zu

begrenzen sind, unterscheiden. Unser Motto "Hilfe zur Selbsthilfe" ist auch eine Investition, kein schlichter Verbrauch oder gar Verschleudern von Steuern.

Auf die Arbeitsmarktpolitik bezogen bedeutet dieses Prinzip eine Bestätigung unseres Grundsatzes: Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren!

2.2 Gestaltungsschritte des Diakonischen Werks Hamburg

Damit bin ich bei unserem Landesverband angelangt. Auch in diesem Jahr möchte ich dabei, wenn auch deutlich kürzer, auf den Ihnen zugegangenen schriftlichen Jahresbericht eingehen und ihn um kleine Projekte ergänzen, die zeitlich begrenzt aktuelle Probleme aufgreifen.

"Mauern überwinden." Dieser Titel unserer bundesweiten Kampagne verweist noch einmal auf den großen gesellschaftlichen Mehrwert der diakonischen, der gemeinnützigen Arbeit insgesamt: Wir überwinden nach wie vor die sich verstärkenden Mauern in unserer Gesellschaft.

Diakonische Arbeit greift über die Segregation, die Trennung und Abschottung in verschiedene Lebenswelten hinweg.

1. Wenn Armut Mauern baut

Solche Mauern werden zum Beispiel aufgebaut durch Armut. Da kommen insbesondere die Hartz IV-Reform und ihre Folgen in den Blick. Was tun wir zur Überwindung dieser Mauer?

Es geschieht ganz praktisch durch die Beratungsangebote, die wir ausgebaut haben – so zum Beispiel die Schuldnerberatung, oder die wir neu geschaffen haben – wie die Ämterlotsen.

Darüber hinaus haben wir im Hilfswerk ein befristetes Beratungsangebot geschaffen, welches denjenigen zur Verfügung steht, die mit den neuen Grundsicherungsleistungen in existenzielle Notlagen geraten. Gleichzeitig arbeitet der Landesverband in einem ebenfalls befristeten Projekt am Aufbau eines Online-Leitfadens zu Hartz IV und bietet Schulungsangebote für Mitarbeitende der Diakonie. Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL hat das Diakonische Werk die Koordination der Entwicklungspartnerschaft „Zug um Zug“ mit 5 Teilprojekten übernommen. „Zug um Zug“ erarbeitet neue Module in der beruflichen Integration vor allem für benachteiligte Jugendliche und Migranten. Letztere erhalten in einem Teilprojekt „Integrationslotse“ der Diakonie im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft Nobi (Norddeutsches Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten) zusätzliche Unterstützung.

Die Diakonie war kein Vorreiter, als es darum ging, Beschäftigung mit Mehraufwandsentschädigung anzubieten. Inzwischen sind es aber bundesweit 55.000 Plätze geworden. In Hamburg haben wir uns lange darum bemüht, Rahmenvereinbarungen für diese Jobs abzuschließen, die mehr Rechtssicherheit für Träger und Betroffene bieten. Leider vergeblich.

Auch hier wird deutlich, welche Spannungen wir in der Diakonie oft bewältigen müssen:

- Die "reine Lehre" sagt uns: Keine MAE-Jobs, weil niedrigschwellige Beschäftigung als Massenprodukt keine wirkliche Perspektive schafft und die Menschen als Mitarbeitende zweiter Klasse degradiert. MAE-Jobs schaffen keine neuen Arbeitsplätze auf dem so genannten ersten Arbeitsmarkt.
- Das Interesse der arbeitslosen Menschen ist, das haben sie immer wieder deutlich gemacht, überhaupt mal wieder "rein" zu kommen, sinnvolle Tätigkeiten zu machen, gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen, eingebunden in Abläufe – kurz: gebraucht zu werden.
- Und nicht zuletzt: Unsere diakonischen Einrichtungen leiden ja an der immer enger werdender Personalsituation. Mehr Menschen tun unserer Arbeit gut – in der Pflege wie im Kita-Bereich. Jede zusätzliche Mitarbeit in unseren Einrichtungen bedeutet: Mehr Zuwendung, Aufmerksamkeit, Sorgfalt sind möglich. Das macht es auch schwer, "nein" zu zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten zu sagen.

Wir handeln also im Sinne der Menschen, wenn wir einerseits Integration ermöglichen, andererseits auf die schädlichen Folgen hinweisen und an notwendige Reformen mitarbeiten – so wie es auf den Seiten 4 und 5 im schriftlichen Jahresbericht dargelegt ist.

Für besonders dramatisch halten wir in diesem Zusammenhang die wachsende Kinderarmut. Auf einen Aspekt der hierdurch ausgelösten Probleme im Kita-Bereich weisen die Seiten 8 und 9 hin.

Armut ist kein nationales Problem. Zur Globalisierung gehört auch die Kehrseite, gehören die negativen Folgen, die den Kirchen und der Diakonie durch ihre langjährige ökumenische Arbeit im weltweiten Kontext längst vor Augen sind. Der "direkte Kontakt" (Seite 12) ist ein besonderes, ganz konkretes Projekt, in dem die

weltweite Vernetzung der Firmen exemplarisch mit der Verbindung zwischen Konsumenten und Produzentinnen beantwortet wird.

Die Tsunami-Katastrophe war die erste der großen Katastrophen in diesem Jahr. Sie lesen (Seiten 10 und 11) von dem großen Vorteil, den "Brot für die Welt" und die Diakonie-Katastrophenhilfe und ähnliche weltweite Hilfsorganisationen vor den zahlreichen (sicherlich gut gemeinten) Hilfsinitiativen haben: Wir haben längst unsere Partner/innen vor Ort. Da müssen nicht Menschen anreisen, Dolmetscher gesucht, Kulturen kennen gelernt werden – aus jahrzehntelanger Zusammenarbeit haben wir kompetente, verlässliche und transparent arbeitende Partner.

Eine ganz neue Herausforderung für uns ist es, sich auf die klimatisch bedingten Katastrophen der Welt ein- und die Spendenwerbung darauf abzustellen. Die Diskussion darüber hat bundesweit begonnen. Am Jahrestag des Tsunami, am zweiten Weihnachtsfeiertag, werden wir einen Tsunami-Gottesdienst in St. Katharinen feiern, den "Brot für die Welt" und Pröpstin Dr. Murmann zu einem übergreifenden Gedenkgottesdienst angesichts der vielen Katastrophen des Jahres ausweiten werden.

2. *Wenn Fremdsein Mauern baut*

Unter dem Titel "Wenn Fremdsein Mauern baut" finden Sie die Sprachförderung in den evangelischen Kitas und einen Überblick über das neue Zuwanderungsgesetz, das die Mauern allerdings eher erhöht.

Die Mauer des Fremdseins kulminiert sozusagen mit der Mauer des Alters bei den älteren Migrantinnen und Migranten. Diese besondere Problematik finden Sie auf Seite 20.

3. *Wenn Alter Mauern baut*

Wenn ich überlege, was die Diakonie in Hamburg macht, um die Mauern des Alters zu überwinden, fällt mir aktuell als erstes ein innovatives Projekt zwischen Jung und Alt ein: die generationenübergreifenden Freiwilligendienste, die seit Oktober Tandems aus Jung und Alt in diakonischen Einrichtungen in enger Zusammenarbeit mit dem Freiwilligen Sozialen Jahr geleistet werden.

Von weiteren "Mauernüberwindern" lesen Sie in den Artikeln über die Fachberatung für Evangelische Seniorentreffs und den dringend notwendigen Ausbau der Tagespflege.

Zur stationären Pflege hat es unter den entsprechenden Mitgliedern des Diakonischen Werks Hamburg im letzten Jahr einen Diskussionsprozess gegeben, der in einen Reformvorschlag gemündet ist. Der mutige Entwurf – das macht sich vor allem am Mut zur Differenzierung der Leistungen auch in diakonischen Einrichtungen fest – steht im Widerspruch zu den bundesdeutschen Positionen. Aber wir haben unsere Position dort eingebracht und sind gehört worden; der Prozess ist sicher nicht beendet.

4. *Wenn Krankheit Mauern baut*

Sehr erfreulich ist die Gründung der "Pflege-Partner-Diakonie" Pflege aus einer Hand, aus einem Verbund: ein großer Vorteil für Patienten und Einrichtungen! Diese Gründung hat bundesweit Beachtung gefunden. Die Vernetzung von Krankenhäusern und ambulanten Pflegediensten ist beim so genannten Überleitungsmanagement erfolgreich eingeleitet worden. Das aus der Pflege bekannte Motto "ambulant vor stationär" gilt auch für Menschen mit Behinderung. Auch hier ist deutlich: Für die Ambulantisierung müssen finanzielle, infrastrukturelle und sozialräumliche Voraussetzungen geschaffen werden.

Gerade angesichts der von Senator Kusch ausgelösten Debatte um die aktive Sterbehilfe freuen wir uns über das diakonische Netzwerk in der Hospizarbeit. Die Vernetzung aller Aktiven in der Hospizarbeit der Diakonie ist bereits jetzt sehr erfolgreich.

Im Bereich der Hamburger Suchthilfe beschäftigten die Diakonie viele Themen: Der Umgang mit dem FOGS-Gutachten (einer groß angelegten Evaluation in Hamburg), Veränderungen in der Gremienlandschaft, Ausbau der Kooperation, Suchtberatung im Kontext von Hartz IV und nicht zuletzt die Ausschreibung der drei staatlichen ambulanten Suchtberatungsstellen. Es spricht für die Qualität diakonischer Arbeit, dass erfreulicherweise alle drei Beratungsstellen zwei Trägern aus dem Bereich der Diakonie zugesprochen wurden.

Das Diakonische Werk selbst hat sich auf solche Prozesse auch durch interne Umstrukturierungen sowohl im Sucht- als auch im Obdachlosenbereich vorbereitet: Es bewährt sich, dass seit Anfang 2004 im Landesverband nur noch Verbandsaufgaben, im Diakoniehilfswerk nur noch Trägeraufgaben wahrgenommen werden.

5. In schwierigen und anderen Umständen
Der Bereich unserer Unterstützung von schwangeren Frauen steht unter dem Motto "In schwierigen und anderen Umständen". Dieser Satz greift die gleichnamige bundesweite Informationskampagne zur evangelischen Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung auf. Sprachlich fällt der Bericht im Jahresbericht daher zwar aus den "Mauer"-Sätzen heraus, optisch ist er aber verwandt – eben ein Zeichen für unser stärker werdendes Corporate Design. Auf den Seiten 30 und 31 lesen Sie über die differenzierten Beratungsangebote sowie die kirchen- und diakonie-politischen Perspektiven und Forderungen für diese gesellschaftlich so wichtige und förderliche Arbeit.

6. Ein zusätzlicher Hinweis am Ende: Das Thema "Freiwilligenarbeit" im Diakonischen Werk ist auch strukturell deutlich verstärkt worden: Mitgliedseinrichtungen erhalten für ihr freiwilliges Engagement konkrete Unterstützung durch den Landesverband. Auch hier ist ein erfolgreiches Netzwerk entstanden.

3. Schluss: *Diakonie braucht Kirche und Kirche braucht Diakonie*

Liebe Schwestern und Brüder,
mein Bericht umfasst immer nur Teile unserer Arbeit, setzt Schwerpunkte, die anderes Wichtiges in den Hintergrund treten lassen – wenn auch nur in diesem Bericht. Die Chronik macht noch Manches davon deutlich.

Wir haben weiterhin viele und drängende Aufgaben zu bewältigen. Wir wollen von den Menschen in der Gesellschaft als die soziale Arbeit der Kirche wahrgenommen werden. Dazu brauchen wir die klare Unterstützung durch unsere Kirchen. So wie wir am diakonischen Profil in unseren Einrichtungen arbeiten, also JA zu unserer kirchlichen Einbindung sagen, so brauchen wir das JA der Kirchen zur diakonischen Arbeit – und zwar nicht nur, wenn sie in kircheneigener Trägerschaft geschieht!

Für die Menschen, die zu uns kommen oder zu denen wir gehen, sind die verschiedenen Formen diakonischer Trägerschaft gleichgültig. Wir alle in den Kirchen und in der Diakonie haben das Interesse, dass sie spüren, aus welchem Geist heraus wir unsere Arbeit tun, wir ihnen begegnen. Aus dem Geist Gottes eben, der uns hilft über Mauern zu springen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.